

# Tagung der Synode der Landeskirche von Berlin-Brandenburg

23. April 1977

Information Nr. 258/77 über die Tagung der Synode der Evangelischen Landeskirche von Berlin-Brandenburg vom 15.4. bis 19.4.1977 in Berlin-Weißensee, Stephanus-Stift

## Quelle

BStU, MfS, ZAIG 2674, Bl. 1–15 (5. Expl.).

## Serie

Informationen.

## Verteiler

Paul Verner, Bellmann – MfS: Mittig, Leiter HA XX, Ablage.

Anlage 1: Aufstellung der gewählten Bundessynodalen.

Anlage 2: Beschlussvorlage der Tagung der Synode.

Vom 15.9. bis 19.4.1977 fand in Berlin-Weißensee, Stephanus-Stift, die 5. Tagung der VII. Synode der Evangelischen Landeskirche von Berlin-Brandenburg statt.

Beratungsgegenstände waren:

- Schriftlicher Bericht der Kirchenleitung mit mündlichen Ergänzungen durch Bischof *Schönherr*, Propst *Winter* und Oberkonsistorialrat Althausen,
- Wort des Bischofs an die Synode zum Thema: »Kirche im Dorf«,
- Einbringung des Entwurfs einer Neufassung der Grundordnung der Landeskirche,
- Verabschiedung von Kirchengesetzen (Änderung des Predigerrechts der Evangelischen Kirche der Union – EKU –,<sup>1</sup> Kirchensteuerregelung usw.),
- Erörterung theologischer Fragen (Abendmahlpraxis mit Kindern und Jugendlichen),
- Ausbildung von kirchlichen Mitarbeitern,
- Tätigkeitsbericht der Inneren Mission und des Hilfswerkes,
- Nachwahlen in kirchliche Gremien der Landeskirche,
- Wahlen der Vertreter der Landeskirche für die neue Synode des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR<sup>2</sup> (die Konstituierung dieser Synode erfolgt im Oktober 1977).

An der Synode nahmen als Gäste teil:

- Metropolit *Filaret*, Exarch des Moskauer Patriarchats für Berlin und Mitteleuropa
- Senior *Trenkler*, Ökumenischer Rat der Kirchen in Polen, Vertreter der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Warschau
- Präses *Kraske*, Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg (Berlin-West)
- Bischof i. R. D. *Scharf*, Berlin (West)
- Landeskirchenrat *Salzmann*, Evangelische Kirche im Rheinland
- Oberkirchenrat Dr. *Freese*, Evangelische Kirche von Westfalen
- Geistlicher Rat *Walter*, Römisch-Katholische Kirche, Bischöfliches Ordinariat Berlin
- Pfarrer *Mönch*, Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR
- Kreiskatechet *Walter*, Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche DDR
- Pfarrer *Lau*, Evangelische Kirche in Anhalt, Mitglied des Präsidiums der Anhalt-Synode
- Oberkonsistorialrat *Bunzel*, Görlitzer Kirchengebiet
- Frau *Kahle*, Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsen, Mitglied des Präsidiums der Landessynode
- Oberkonsistorialrat *Stornowski*, Kirchenprovinz Sachsen
- Herr *Wizisla*, Landesjugendkonvent
- Herr *Werner*, Evangelische Studentengemeinde Berlin

– sowie zwei Vertreter des Staatsapparates.

Außerdem waren sieben in der DDR akkreditierte Westjournalisten anwesend: *Horstmeyer* und *Zielinski* vom SFB, *Röder* und *Henkys* vom »Evangelischen Pressedienst«, *Pragal* von der »Süddeutschen Zeitung«, *Siegl* vom RIAS sowie ein namentlich noch nicht bekannter Vertreter der Reuter-Agentur.<sup>3</sup>

Die Synode verlief – bis auf einen im negativen Sinne gehaltenen Beitrag von Propst *Winter* – im Allgemeinen ohne bemerkenswerte Vorkommnisse. Sie konzentrierte sich inhaltlich vorwiegend auf theologische und innerkirchliche Probleme, wobei offensichtlich die Absicht eine Rolle spielte, Ansatzpunkte zur Belastung des Verhältnisses Staat – Kirche nicht entstehen zu lassen.

Der schriftliche Bericht der Kirchenleitung an die Synode und der Bischofsbericht enthielten keine vordergründigen politisch-negativen Aussagen.

Auch die Diskussionen zum Bericht der Kirchenleitung und zum Wort des Bischofs waren dadurch gekennzeichnet, dass es im Gegensatz zu früheren Synodaltagungen keine provokatorischen Angriffe auf die gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR und keine provokatorischen Auseinandersetzungen der Synodalen zu politischen Problemen gab. Dagegen traten erhebliche Differenzen zu theologischen und innerkirchlichen Fragen auf. Erstmals traten profilierte positive Aussagen zu aktuellen gesellschaftlichen Problemen stärker in den Vordergrund (insbesondere die von Pastor *Fuchs*, *Wriezen*, Bezirk Frankfurt/O., und LPG-Vorsitzenden *Böhme*, *Letschin*, Kreis Seelow).

In den Eröffnungsworten zur Tagung des Präses der Synode, *Becker*, verwies dieser auf die Verantwortung der Landeskirche Berlin-Brandenburg hinsichtlich der sogenannten Kirchwerdung des Bundes. Eindringlich ging er auf die Unterschätzung der Laien in der Kirche ein und verwies darauf, dass nur 42 % der Synodalen Laien sind. Die Kirche habe es dringend nötig, auf das Wort derer zu hören, die nicht bei ihr angestellt sind. Diese Worte fanden bei den positiven und loyal eingestellten Kräften großen Widerhall und riefen bei einigen bisher negativ in Erscheinung getretenen Superintendenten Bestürzung hervor.

Der schriftliche Bericht der Kirchenleitung war den Synodalen erstmals bereits vor Beginn der Synode übergeben worden. Es handelt sich dabei um einen Tätigkeitsbericht der Kirchenleitung und der einzelnen Abteilungen des Evangelischen Konsistoriums. Er befasst sich u. a. mit personellen Veränderungen in der Landeskirche, mit Problemen der Information, der Grundsatzentscheidungen durch die Kirchenleitung, des Gemeindeaufbaus und der Verbindungen zu anderen Kirchen. Er enthält weiter eine kurze Auswertung der Gespräche mit Vertretern der Staatsorgane, wobei hervorgehoben wird, dass die Kirchenleitung erneut den Beitrag der Kirche zur Friedensfrage, insbesondere der Erziehung zum Frieden, artikuliert habe. Der Bericht enthält keine Angriffe gegen die Staatsmacht.

Im Absatz »Bericht zur Lage« (im schriftlichen Bericht der Kirchenleitung) heißt es lediglich wörtlich: »Über die Situation der christlichen Unterweisung und des christlichen Familienlebens im Verhältnis zur staatlichen Bildungspolitik gab es einen regelmäßigen Austausch: Auf der einen Seite ist zu erkennen, dass weitere Fälle von Diskriminierung ausgeschaltet werden sollten. Einer Reihe von Kindern kirchlicher Mitarbeiter und anderer Christen wurde der Weg zu qualifizierten Bildungseinrichtungen des Staates eröffnet. Es ergaben sich aber andererseits aus der deutlich erkennbaren Verstärkung ideologischer Arbeit in den staatlichen Bildungseinrichtungen Spannungen und Ängste. Über diese Probleme sollte dringend auf höchster Ebene gesprochen werden.«

Bei den mündlichen Ergänzungen zum Bericht der Kirchenleitung wurden durch Bischof *Schönherr* und Oberkonsistorialrat *Althausen* realistische und sachliche Positionen vertreten. Lediglich Propst *Winter* versuchte in seinen Ausführungen, negative Aspekte in die Synode hineinzutragen. Er nahm auf die Ereignisse um Brüsewitz<sup>4</sup> Bezug und betonte, es sei notwendig, diese »aufgebrochenen Fragen aufzuarbeiten«. Er erklärte u. a.:

»Es geht uns darum, nun noch einmal Grundfragen aufzugreifen, die uns in unserer geistlichen Existenz als Christen und Kirche bewegen.

Folgende Fragerichtungen sollen angeleuchtet werden, denen wir uns stellen müssen:

- ... Wie können wir das Zeugnis vom Sieg Jesu Christi, der doch der Gekreuzigte ist, ertragen; und zwar angesichts von Ideologie und Macht, denen Erfahrungen des Glaubens und der Einfluss der Kirche oft nicht groß zu sein scheinen?
- ... Ist die Selbsttötung als eine Möglichkeit anzusehen? Gefährdete junge Menschen, aber auch zur Depression neigende Erwachsene haben danach gefragt, denn wir leben in einer Gesellschaft, in der die Erscheinung des Selbstmordes nicht unbekannt ist.
- ... Wie sieht das missionarische Wortzeugnis von Kirche und Christen im Sozialismus aus? Wie können wir nicht nur Kopfnicker sein, die bestehende Verhältnisse unbesehen und passiv akzeptieren? Wir sind es doch schuldig, positive, konkrete und damit auch kritische Beiträge zum Zusammenleben der Menschen zu geben.

- ... Wie treten wir in guter Weise für junge Menschen ein, die als Christen im Feld der ideologischen Ansprüche unserer Gesellschaft leben wollen? Aus allen Gegenden unserer Kirche gelangen unterschiedliche Berichte zu uns, die Probleme anschnitten wie Bedenken gegen Mitarbeit im Elternaktiv; Aufforderung, Gemeindeveranstaltungen von der Christenlehre bis zur Jungen Gemeinde zu melden; Zulassung zu Bildungseinrichtungen; Untersagen der leitenden Mitarbeit in der FDJ. Kurios ist ein Bericht, nach dem einer jungen Christin verwehrt wurde ein Kreuz als Schmuck zu tragen. Gespräch und Einsatz innerhalb und außerhalb der Kirche gehören zum täglichen Brot, wohl auch ein Stück Zivilcourage, die der Neigung mancher Christen, offiziell anders als inoffiziell zu reagieren, widersteht.
- ... Es hat sich offenbar auf dem Sektor staatlicher Bildungspolitik ein gewisser Wandel abgezeichnet: Es begegnet eine große dialektische Spannung im Verhalten sowohl staatlicher Organe und Funktionäre als auch auf der Seite unserer christlichen Gemeindeglieder: verstärkte eindeutige atheistische Erziehungsausrichtung für jedermann, offizielle Anerkennung der Christen in der Mitarbeit für die Gesellschaft im Parteiprogramm, Aussagen zu Glaubens- und Gewissensfreiheit in der Verfassung, darüber hinaus in den Prinzipien der KSZE.<sup>5</sup> Diese Grundtendenzen führen zu höchst unterschiedlichen Praktiken und Verhaltensweisen auf allen Seiten, sodass es schwerer geworden ist, für eine Kirche als Ganzes einheitliche Verhaltensmuster auszugeben. Wir stehen eben unter dem Eindruck, dass hier etwas in Bewegung gerät ist. Und es ist nur zu hoffen, dass das schon lange erbetene Grundsatzgespräch auf höchster Ebene Anfang Mai positive Folgen haben wird.

Bischof *Schönherr* befasste sich in seinem 14 Seiten umfassenden Bericht fast ausschließlich mit innerkirchlichen Problemen der Landgemeinden, die gegenwärtig insbesondere Pfarrer, Katecheten, Gemeindegliedern und andere kirchliche Mitarbeiter auf dem Land betreffen. Dabei unternahm er den Versuch, aus seiner Sicht ein Bild von den vor sich gegangenen gesellschaftlichen Veränderungen auf dem Lande zu zeichnen. Die Umwälzungen hätten nach *Schönherr* bewirkt:

- »An die Stelle der einzelnen Bauernhöfe sind Großbetriebe getreten, die viele Dörfer umfassen.
- An die Stelle der Wirtschaftseinheit des Bauernhofes sind spezialisierte Industriebetriebe getreten. Die Grenze zwischen Landwirtschaft und Industrie wird fließend.
- An die Stelle des Bauern, der auf allen Gebieten der Landwirtschaft Bescheid weiß, tritt der Spezialist, oft mit dem Bildungsgrad eines Ingenieurs.
- In steigendem Maße ersetzen große und wertvolle Maschinen Menschenkraft.
- An die Stelle des Risikos für den eigenen Hof und die eigene Familie tritt die Mitverantwortung für einen Großbetrieb, der hohe Werte zu verwalten hat. Der Einzelne ist nur ein Rädchen, aber wenn das kleinste Rädchen ausfällt, ist das Ganze gefährdet.
- Der Einsatz wertvoller Maschinen und die industrielle Viehwirtschaft machen Schichtarbeit notwendig. Das im Großraum verfügbare Menschenreservoir macht sie möglich.
- Durch die Industrialisierung werden weniger Menschen gebraucht. Das ist wegen der größeren Rentabilität notwendig.
- Das komplizierte Netz von Arbeitsbeziehungen macht mehr Leitung notwendig. Damit wächst der Einfluss der politischen Führung und ihrer Ideologie.
- Es schälen sich Dörfer zentraler Bedeutung mit einer Reihe städtischer Möglichkeiten heraus.«

*Schönherr* betonte aus einer pessimistischen Position heraus weiter, die Kirche müsse real davon ausgehen, dass sich die Menschen unter diesen Bedingungen verändern, was sich auf ihr Verhältnis zur Kirche auswirken würde. Die »Kirche stehe zwar noch im Dorf« und es würden Gottesdienste abgehalten, aber »die Selbstverständlichkeit, mit der sich jeder als Christ verstand, ist im Schwinden«. Das Netz der Pfarrstellen werde immer dünner, was zahlenmäßig zu beweisen sei. Zusätzlich sei es »bittere Wirklichkeit, dass durch die Abwanderung von Pfarrern in die BRD eine erhebliche Mehrbelastung für die Pfarrer und eine empfindliche Schwächung der Gemeinde« entstehe. Das Evangelium sei »ein Angebot unter anderen auf dem Markt der Möglichkeiten«.

Durch Minimalbeteiligung seien die Gottesdienste »unfestlich und unerbaulich«. Er erklärte weiter:

»Der ›Volkskirche‹ wird, wie ich meine, endgültig der Boden entzogen durch die Auflösung bzw. Veränderung des Dorf- und Familienverbandes. Das Dorf ist – durch Zuzug Fremder im wörtlichen, aber auch im sachlichen Sinne – vielsprachig geworden. Damit ist notwendig verbunden, dass nach der Tracht und dörflichen Sitte nun auch die traditionelle Bindung an die Kirche, soweit sie lediglich in der Tradition verankert ist, verschwindet. Der christliche Glaube wird mehr und mehr zu einem religiös weltanschaulichen Angebot unter anderen.« Es sei jedoch Zeit für die Kirche, sich »für Entschiedenheit zu entscheiden«, sie müsse »heraus aus dem Grau der Unverbindlichkeiten«. In diesem Zusammenhang führte *Schönherr* aus:

»... Wollen wir eine sich immer mehr verdünnende Volkskirche, die eines Tages nur noch in Form verstreuter Fetzen da sein wird? Wollen wir die Arbeitskraft unserer Landpastoren, Katecheten und Ältesten überstrapazieren, weil wir zu wenig Mut haben, bewusst und besonnen, energisch und liebevoll auf eine neue Qualität von Kirche hinzuwirken? Wenn diese Art von Kirche überhaupt einen besonderen Namen braucht, möchte ich sie ›Entscheidungskirche‹ nennen.«

Bischof *Schönherr* stellte fest, dass die Volkskirche sich zur Minderheitskirche entwickelt. Diese Minderheitskirche müsse nicht mehr nur aus Kirchensteuerzahlern bestehen, sondern aus Christen, die sich offen für die Kirche entscheiden. Die Kirche von heute könne nicht nur aus Tradition bestehen, sondern habe sich immer wieder neu zu entscheiden, wie das Evangelium dem modernen Menschen vermittelt werden kann.

Der Begriff »Entscheidungskirche« wurde in der Diskussion zum Referat von *Schönherr* von den Synodalen abgelehnt. In der Diskussion zu den Berichten führte Pastor *Fuchs*, Wriezen, Bezirk Frankfurt/O., u. a. Folgendes aus:

Die Friedensfrage in der Kirche sei in Übereinklang mit der politischen und der militärischen Entspannung zu praktizieren. Zur Lösung anderer Fragen, wie z. B. der Erzielung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung, müsse sich die Kirche noch stärker engagieren. Die Beteiligung von Vertretern des Bundes an dem Kongress religiöser Friedenskräfte in Moskau<sup>6</sup> sei zu begrüßen. In Moskau ergäbe sich die Möglichkeit, aktiv an den Fragen des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts mitzuarbeiten, sich zu engagieren und den eigenen Anteil daran zu artikulieren. Der LPG-Vorsitzende *Böhme*, Letschin, Kreis Seelow, kritisierte die Ausführungen von Bischof *Schönherr*. In dem Referat sei zwar »etwas Analyse über ein Stück Wirklichkeit« erfolgt, aber die Veränderungen auf dem Land seien nicht genügend als ein Fortschritt herausgearbeitet worden. Für ihn seien die Ausführungen *Schönherrs* »zu sehr rückwärts orientiert«. Die Veränderungen im Bereich der sozialistischen Landwirtschaft seien »grundsätzlich positiv und fortschrittlich« und hätten für alle Menschen positive Auswirkungen.

Generalsuperintendent *Grünbaum*, Berlin, würdigte die guten Beziehungen zum Magistrat und insbesondere dessen Bemühungen, der Kirche in Wohnraumfragen behilflich zu sein.

Superintendent *Furian*, Zossen, äußerte sich in negativer Weise über die Verweigerung der Einreise des legal nach Westberlin verzogenen Vaters von Pfarrer *Passauer*, Berlin. Bischof *Schönherr* ging auf die Ausführungen von *Furian* sofort ein und teilte mit, er habe sich in der Angelegenheit *Passauer* an den Minister des Innern und an den Staatssekretär für Kirchenfragen gewandt.

Auf eine Anfrage an die Kirchenleitung bezüglich der Änderungsmöglichkeit der Vorsprüche zur Grundordnung, die zzt. noch verhindert wird durch die Aufrechterhaltung der Notverordnung über zeitweilig tagende Regionalsynoden in Westberlin und der DDR, antwortete Konsistorialpräsident *Kupas*, die Kirchenleitung sehe zzt. keine Notwendigkeit zur Änderung der Vorsprüche, habe keine Überlegungen angestellt, wie die Vorsprüche unter Beachtung der Existenz der Notverordnung, die den gemeinschaftlichen Beschluss beider Regionalsynoden verlangt, zu ändern seien und habe keine diesbezüglichen Verhandlungen mit der Westregion geführt, und es würden dazu auch keine Absichten bestehen.

Während der Synode wurden Grußworte von verschiedenen Gästen verlesen. Bemerkenswert sind die Ausführungen des Präses der Evangelischen Kirche von Berlin (West), *Kraske*, der sagte:

»Ich bringe Ihnen die Grüße unseres neuen Bischofs Martin *Kruse*. Er ist für die meisten von Ihnen noch ein Unbekannter. Aber dabei wird es nicht bleiben ... Die Verbundenheit mit Ihnen und Ihren Gemeinden im Glauben und in der Liebe Christi und die Anteilnahme an den Bemühungen, den Anfechtungen und den Entdeckungen Ihres Dienstes, das bleibt unverändert. Es könnte auch nur zu unserem eigenen Schaden sein, wenn wir die Gemeinschaft und den Austausch mit Ihnen vernachlässigen würden ... Ich habe selbst für mein Leben als Christ in dieser Welt und für meinen Dienst in der Kirche schon soviel gelernt von dem, was Sie – hier und anderswo – oft in beneidenswerter geistlicher Konzentration und theologischer Gediegenheit erarbeitet haben, dass für mich insoweit das »made in der DDR« fast schon ein theologisches Gütezeichen geworden ist. Und so denken viele bei uns ...«

Die Synode schloss mit folgenden Ergebnissen ab:

- Die Wahlen der Vertreter der Landeskirche für die neue Bundessynode hatten folgendes Ergebnis: Aus der Gruppe der loyalen und realistisch denkenden Synodalen wurden sieben Personen gewählt. Weitere drei gewählte Vertreter müssen als negativ eingeschätzt werden.
- Der Entwurf für die Neufassung einer neuen Grundordnung wurde im Ergebnis der Beratungen an die Gemeinden zur weiteren Diskussion verwiesen. Änderungsanträge sollen bis zum 30.11.1977 an den Grundlinienausschuss eingereicht werden. Die erste Lesung des Entwurfs soll auf einer außerordentlichen Synode, die vom 31.3. bis 2.4.1978 stattfindet, und die Verabschiedung zur Herbstsynode 1978 erfolgen. Der territoriale Geltungsbereich soll entweder im Einführungsgesetz oder im Artikel 1 der neuen Grundordnung festgelegt werden.
- Der Berichtsausschuss der Synode verwies das Bischofswort »Kirche im Dorf« an die Gemeinden weiter. Die Annahme einer Ausarbeitung zu Menschenrechtsproblemen mit negativen Aussagen wurde abgelehnt.
- Für das Problem der Abendmahlsregelung mit Kindern und Jugendlichen wurde eine Kompromisslösung erarbeitet. (Dieses Problem steht im Mittelpunkt innerkirchlicher Auseinandersetzungen.)
- Die Synode bestätigte einen Beschluss der Kirchenleitung über den Aufbau von zwei bis vier Pfarrgemeinden im 9. Stadtbezirk von Berlin.

In der Anlage befinden sich die namentliche Aufstellung der gewählten Bundessynodalen (Anlage 1) und der Beschluss des Berichtsausschusses (Anlage 2).

Der Bericht der Kirchenleitung an die Synode und der Bericht Bischof *Schönherrs* »Kirche im Dorf« liegen im Wortlaut vor und können bei Bedarf angefordert werden.

Die Information ist nicht zur öffentlichen Auswertung bestimmt.

## **Anlage 1 zur Information Nr. 258/77**

### **Aufstellung der gewählten Bundessynodalen**

Berlin-Brandenburg | Synodaltagung 1977 | Information Nr.: 4 | vom 19. April 1977

Ergebnisse der Wahlen zur Bundessynode:

Als Bundessynodale wurden gewählt:

Theologen:

- Cynkiewicz, Rosemarie, Konsistorialrat, Berlin

- Heilmann, Ulrich, Pfarrer, Potsdam
- Forck, Dr. Gottfried, Generalsuperintendent, Cottbus
- Rieffel, Joachim, Pfarrer, Senftenberg

*Mitarbeiter, die im Dienst der Kirche stehen :*

- König, Joachim-Hans, Heimleiter, Berlin
- Pettelkau, Ingmar, Oberkonsistorialrat, Berlin

*Laien, die nicht im Dienst der Kirche stehen :*

- Blumenthal, Dr. Irene, Chefärztin, Berlin
- Domke, Dr. Helmut, Physiker, Potsdam
- Krause, Martin, Landwirt, Prenzlau
- Wehlan, Dr. Helmut, Chemiker, Berlin

*Zu ersten Stellvertretern wurden gewählt :*

- Führ, Hildegard, Pastorin, Berlin
- Günther, Rolf-Dieter, Pfarrer, Beelitz/Treuenbriezen
- Steinlein, Reinhard, Superintendent, Nauen
- Telschow, Christof, Pfarrer, Pritzwalk
- Delf, Werner, Jugendwart, Berlin
- Schubert, Gottfried, Jugendwart, Berlin
- Metze, Gerhard, Bau-Ing., Berlin
- Röser, Sigrid, Ind.-Kaufmann, Senftenberg
- Semper, Udo, Geophysiker, Oranienburg
- Strenge, Kurt, Schornsteinfegermstr., Seelow

*Zu zweiten Stellvertretern wurden gewählt :*

- Barthel, Albrecht, Superintendent, Perleberg
- Heidler, Johannes, Pfarrer, Berlin
- Karpinski, Herbert, Superintendent, Berlin
- Stachat, Evamaria, Pastorin, Bad Freienwalde
- Meinel, Friedrich, Kirchenmusikdirektor, Brandenburg
- Flach, Inge, Gemeindegelberin, Berlin
- Fischbeck, Dr. Hans-Jürgen, Dipl. Ing., Berlin
- Rudolph, Erdmute, Dipl. Landwirt, Bad Freienwalde
- Schur, Bruno, Werbeleiter, Königs Wusterhausen
- Zacher-Petit, Johanna, Sonderschullehrerin, frz.-ref.

## **Anlage 2 zur Information Nr. 258/77**

### **Beschlussvorlage der Tagung der Synode**

Drucksache Nr. 118 | zu Drucksache 10 (2.1.3)

*Synode Berlin-Brandenburg | Tagung | vom 15. bis 19. April 1977*

#### *Berichtsausschuss*

Die Synode möge beschließen:

Die Synode begrüßt die Initiative der Kirchenleitung und der Organe des Bundes, mit den für das Bildungswesen verantwortlichen Vertretern des Staates zu Gesprächen zu kommen. Von dem für Anfang Mai in Aussicht gestellten Gespräch auf Bundesebene mit den Vertretern des Staatsapparates erhofft die Synode konkrete Schritte zur Verbesserung der Atmosphäre und zur Lösung offener Probleme.

gez.: Heilmann | Vorsitzender des Berichtsausschusses

1

Die Evangelische Kirche der Union (EKU) war ein seit 1954 bestehender institutioneller Zusammenschluss evangelischer Kirchen lutherischer und reformierter Tradition, der aus der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union hervorging. Der EKU gehörten auf dem Gebiet der DDR die Evangelische Landeskirche Anhalts, die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg, die pommersche Evangelische Kirche, die Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen und die Evangelische Kirche der schlesischen Oberlausitz an.

2

Der »Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR« (BEK) war der im Juni 1969 gegründete Zusammenschluss der acht auf dem Gebiet der DDR existierenden Landeskirchen.

3

Gemeint ist die Nachrichtenagentur »Reuters«.

4

Am 18.8.1976 unternahm der Pfarrer Oskar Brüsewitz, Jg. 1929, in Zeitz (Sachsen-Anhalt) aus Protest gegen die Kirchenpolitik in der DDR einen Selbstverbrennungsversuch, an dessen Folgen er vier Tage später starb. Über die Westmedien wurde das Geschehen in der ganzen DDR bekannt. Zur Tat und ihren Folgen vgl. Schultze, Harald (Hg.): Das Signal von Zeitz. Reaktionen der Kirche, des Staates und der Medien auf die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz 1976. Eine Dokumentation. Leipzig 1993; Müller-Enbergs, Helmut: Das Zusammenspiel von Staatssicherheitsdienst und SED nach der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz aus Rippicha am 18. August 1976. Berlin 1993. Siehe auch die Informationen 579/76, 583/76, 603/76, 610/76, 623/76 u. 723/76.

5

Die (erste) Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) fand ab dem 3.7.1973 in Helsinki statt. An ihr nahmen die USA, Kanada, die Sowjetunion sowie alle europäischen Staaten mit Ausnahme von Albanien teil. Am 1.8.1975 unterzeichneten die Teilnehmerstaaten die in drei sogenannte Körbe gegliederte Schlussakte. Hier sind die zehn Prinzipien aus Korb I gemeint: Souveräne Gleichheit, Achtung der Souveränität innewohnenden Rechte; Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt; Unverletzlichkeit der Grenzen; Territoriale Integrität der Staaten; Friedliche Regelung von Streitfällen; Nichteinmischung in innere Angelegenheiten; Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit; Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker; Zusammenarbeit zwischen den Staaten; Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa: Schlußakte von Helsinki. In: Dokumente der KSZE. Textausgabe mit ausführlichem Sachverzeichnis und einer Einführung. Hg. v. Schweisfurth, Theodor; Oellers-Frahm, Karin. München 1993, S. 4–70, hier 6–13.

6

Der »Weltkongress der religiösen Friedenskräfte für dauerhaften Frieden, Abrüstung und gerechte Beziehungen« (auch »Weltforum« oder »Weltkonferenz«) fand vom 6. bis 10.6.1977 in Moskau statt. Vgl. Raguse, Werner: Friedenskongresse. In: Deutschland Archiv 10(1977)8, S. 861–865; Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1969–1990. Die Vision vom »Dritten Weg«. Berlin 1995, S. 192–199.